

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 116.

Mittwoch, den 21. Mai 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und  
das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

## Welfenhochzeit.

Sie winden ihr schon den Jungfernkranz, der Prinzessin aus dem Hause Hohenzollern, von deren herüberder Goldseligkeit uns die Schmöds der bürgerlichen Presse auf allen Märkten und Gassen so oft vorgesungen haben, daß um ein Haar wir davon überzeugt sind. Sie winden ihr den Jungfernkranz, all die hochgemuten Patrioten, von deren äußerer und innerer Goldseligkeit wir minder überzeugt sind. Sie klappen schon probend die Rinnbacken auf und zu, um das Hurra recht tönend aus der deutschen Männerbrust aufsteigen zu lassen, sie verleihen durch eifriges Bürsten den ältesten Zylinderhüten einen letzten melancholischen Glanz, und die mackerlesten Haudegen der Berliner Schlächterinnung üben schüchtern den Sattelsitz auf martialisches, aber frommen Säulen, um im Festzuge an der Spitze zu paradieren. Deutschland ist in Aufregung, denn bei Kaisers ist Hochzeit!

Deutschland in Aufregung? Es denkt gar nicht daran. Deutschland ist froh, daß der Frühlingshimmel heiter lacht. Deutschland schaut aus, ob die politischen Wetterwolken sich auch bald verziehen. Aber Aufregung wegen der Familienfeier im Berliner Schloß? Warum denn und wie? Aufgeregt ist man vielleicht in den Bezirken der geistig Minderbemittelten, in denen die Landwehrdienstauszeichnung 2. Klasse als hohe Ehre eingeschätzt wird, und vor allem ist die in irgend einer Hinsicht patriotische Presse aufgeregt und bemüht sich, durch lautes Geschrei Reclame und Prese zu Garnierung der Rinnsteine am Hochzeitstage aufzubieten. Da gibt es denn keine Ausnahmen — von der „Kreuzzeitung“ bis zum „Berliner Tageblatt“ geht es, von den sogenannten unparteiischen Blättern, den General-, Lokal- und Kreisangelegern ganz zu schweigen. Von früheren Gelegenheiten her weiß man, daß uns nichts erspart bleiben wird. Die Firma, die die Hochzeitsfestsche leidiert hat, kann man loyale Bürgern doch beileibe nicht verschweigen, und der lokale Bürger erhebt auch berechtigten Anspruch darauf, von seinem Leibblatt mit der Nase auf die duftende Brautwäsche gestoßen zu werden — um jedes Spizenhöschen muß er genauesten Bescheid wissen. Kurz und gut, bis zu dem Tage, da sich, gewissermaßen im Beisein aller guten Patrioten, der Cumberlander mit elegantem Kavalleristenjah ins Brautbett schwingt, wird sich, wohin man auch in der bürgerlichen Presse greift, schelmig und breilig anfühlen. Alle Schleißen des Byzantinismus sind gezogen.

Das deutsche Volk in seinen weiten und breiten Schichten steht, so weit es nicht von einem Schauer des Glücks geschüttelt wird, dem unwürdigen Spektakel mit gelassener Ruhe gegenüber. Freilich empfinden auch wir menschlich genug, um dem Kaiserkind zu wünschen, was wir jedem Proletariatskind wünschen: daß es in der Ehe lotterte keine Niets ziehen möge. Aber gerade deshalb muß uns das tolle Gebaren der bürgerlichen Presse um so widerwärtiger, um so würdiger erscheinen, da sie doch genau weiß, daß man hier nicht geprüft hat, ob sich das Herz zum Herzen findet, sondern daß bei diesem Paar die hohe Politik mitpricht. Wäre die Welfenfrage nicht, so wäre auch diese Hochzeit nicht.

Allerdings ist auch die Welfenfrage ein reinlich geheimnisvolles Ding, das den Massen des deutschen Volkes im tiefsten Herzen ungefähr ebenso gleichgültig ist wie die Skutariffrage. Die Welfenfrage datiert aus dem Jahre 1866. Als damals die Sache der Habsburger und ihrer Verbündeten schief ging, flüchtete der blinde König Georg von Hannover auf das bei Altenburg gelegene Jagdschloß seines Schwiegervaters, das den Namen führte „Zur fröhlichen Wiederkunft“. Dieser Name war einer jener ironischen Witze, an denen die Weltgeschichte nicht arm ist, denn für den Welfen gab es weder eine fröhliche, noch eine traurige Wiederkunft in seine „angekommenen“ Lande, sondern Bismarck, der sich später wie eine giftige gelbe Biere gegen die angeblich umstürzlerische Sozialdemokratie erhob, betrieb damals fastblütig den Umsturz im großen: er zerstückte die hannoverische Krone, die mindestens so legitim war wie die Krone Preußens, gleich einem faulen Ei und ließ samt dem Kurfürstentum Hessen, dem Herzogtum Nassau und der freien Stadt Frankfurt das Königreich Hannover verschwinden.

Georg V. aber war ein starrsinniger alter Herr, der es um alles in der Welt nicht einzusehen vermochte, daß die Gnade Gottes über einem von Gottes Gnaden plößlich verdorbenen Könige, nannte sich deshalb ruhig weiter als Gottes Gnaden König von Hannover und beteuerte aus seinem neuen Hoflager Hiesing, unter den Zittichen des österreichischen Doppeladlers, ab und zu in einer

Proklamation unverbrüchlich seine Rechtsansprüche auf das Land, das längst als preußische Provinz von Westfalen verwaltet wurde. Auch besoldete er, als es 1867 wegen der luxemburgischen Frage zwischen Frankreich und Preußen loszugehen schien, auf holländischem Boden die vielbesprochene Welfenlegion, die freilich nie in die Lage kam, auch nur einen Schuß loszubrennen, weil eben der deutsch-französische Krieg um drei Jahre vertagt wurde. Für Bismarck aber war diese Welfenlegion ein hochwillkommener Vorwand, das konfiszizierte Privatvermögen des Königs dauernd einzuzacken und aus diesen Millionen jenen berüchtigten Reptilienfonds zu bilden, aus dem ein großer Teil der deutschen Presse mit geheimen Trinkgeldern gespeist und so bismarckisch durchseucht wurde.

Die Welfenfrage gewann eine gewisse Aktualität, als die im Herzogtum Braunschweig regierende Welfenlinie ausstarb und ein Bundesratsbeschlus vom 2. Juli 1885 den nächsten Thronanwärter, den Herzog von Cumberland, ältesten Sohn Georgs V., der Thronfolge für verlustig erklärte, wenn er sich nicht seiner Ansprüche auf Hannover begeben. Da der Cumberlander dazu wenig Lust verspürte, wird seitdem Braunschweig von einem Regenten verwaltet. Nachdem nun im vergangenen Jahre der älteste Sohn des Herzogs von Cumberland gestorben ist und der zweite und letzte Sohn in die Familie Hohenzollern hineinheiratet, erscheint — glückliches Deutschland! — die Welfenfrage „gelöst“, denn wenn der Herzog selber einmal gestorben und der Prinz Ernst August verheiratet ist, existiert eben kein Kandidat für den hannoverschen Königsthron mehr, und die Welfenpartei, die bei den letzten Reichstagswahlen immerhin noch etwas über 100 000 Stimmen aufbrachte, aber eigentlich nur ein Anhängsel des Bundes der Landwirte ist, kann ihre Fahne zusammenrollen und für immer im Wandschrank verschließen. Zumal wenn, wie gemunkelt wird, der Bundesratsbeschlus von 1885 umgestoßen und der Chemann der Prinzess Viktoria Luise auf das Thronchen von Braunschweig gesetzt wird.

Das ist die Welfenfrage, mit der das Legitimitätsgepeinert des 18. Jahrhunderts im hellen Tageslicht des 20. Jahrhunderts umherpuckelt. Das deutsche Volk aber in seiner Mehrheit hat sich in den gewaltigen politischen und sozialen Kampfen der Gegenwart mit anderen Dingen zu befassen und überläßt die Gespenster vom Schlag der Welfenfrage Hofschranzen und Hofafakien und Leuten, die mit affenartiger Gelesigkeit an den Stammbäumen der Dynastien auf- und abklettern. Dem deutschen Volk liegt ganz und gar nichts daran, ob aus der Braunschweiger Hofschranke das Denkerhaupt eines Hohenzollern oder eines Welfen herausragt, und auch Braunschweigs Bevölkerung, die Anno 1830 einen Welfenherzog mit faulen Eiern bis zur Grenze seines Ländle geleitet, wird kaum den Hals reden, um einen anderen Welfenherzog einzusetzen zu sehen.

So ist das politische Drum und Dran dieser politischen Heirat erst recht nicht geeignet, in den Massen für die Hochzeit Gefühle zu erwecken, die nun einmal nicht vorhanden sind. Im Gegenteil! Die Massen werden höchstens, wenn man von der Lösung der Welfenfrage im Brautbett viel Wesens macht, mit gemäßigten Gefühlen an den Umstürzler Bismarck und an seinen Reptilienfonds denken und mit einer freilich nicht dynastischen Pietät an die faulen Eier von 1880!

## Politische Rundschau.

Deutschland.

### Zu den preussischen Landtagswahlen.

In Hannover beschloß eine Sitzung des Vorstandes und der Bezirksleiter sich an den Wahlmännerstichwahlen sowie an der Wahl der Abgeordneten nicht zu beteiligen. Begründet wird das damit, daß die National Liberalen mit 635 von 1138 zu wählenden Wahlmännern schon jetzt die sichere Mehrheit haben, an der die noch vorzunehmenden 157 Stichwahlen nichts mehr ändern, an denen die Sozialdemokraten mit 112, die National Liberalen mit 138, die Fortschrittler mit 64 beteiligt sind. Die weitere Wahlbeteiligung wäre also zwecklose Arbeit und Geldauswendung. Sehr stolz können die National Liberalen auf ihren „Sieg“ trotzdem keineswegs sein, da sie selbst bei günstigem Stichwahlausfall ihre Position von 1908 gerade noch behaupten. Sie hatten damals schon 697 Wahlmänner. Die Sozialdemokratie hat dagegen tüchtige Fortschritte gemacht. Sie hat 317 Wahlmänner gegen 277 im Jahre 1908 und würde noch den größten Teil der Stichwahlen für sich hereinbringen. Für die Fortschrittler, die mit großer Hoffnung in den Wahlkampf zogen, bedeutet der Ausfall ein vernichtendes Fiasko. Sie erhielten nur 25 Wahlmänner und würden nur noch wenig aus den 64 Stich-

wahlen, an denen sie beteiligt sind, herausholen und auch das nur mit Hilfe der Sozialdemokraten.

Das „Berliner Tageblatt“ entnimmt einer Korrespondenz folgende Meldung: „Im Landtagswahlkreis Ober- und Niederbarnim werden die Liberalen (Freisinnige und National Liberalen) bei den Stichwahlen Gewehr bei Fuß stehen und es den Wählern überlassen, selbst zu entscheiden. Der Wahlkampf wird sich dort in der Hauptsache nur zwischen den Konservativen und den Sozialdemokraten abspielen.“

Die „Frankfurter Zeitung“ sagt zu dem Vorschlag der Chemnitzer „Volksstimme“ wonach die Sozialdemokraten die Freisinnigen allenthalben unterstützen sollen, wenn die Fortschrittler ihre Kandidaten in Altona und Kiel zurückziehen, daß er wenigstens auf die praktischen Schwierigkeiten Rücksicht nehmen und die „falschen Stichwahlen“ beseitigen wolle, die nur zugunsten der Reaktion ausfallen. Man kann darüber streiten, ob die vorgeschlagenen Wahlkreise gerade die passendsten Ausgleichsobjekte sind, aber der hier angegebene Weg wäre wohl gangbar und könnte, wenn man sich einigte, die Linke auch da in aussichtsreiche Stichwahlen bringen, wo sie sonst von vornherein ausgeschlossen ist. Nicht nur Breslau wäre dann mit seinen drei Kandidaten sicher gewonnen, sondern auch Pinneberg, Stensburg und Brandenburg-Westhavelland. Und auch in Halle-Herfort läge dann die Möglichkeit vor, daß die Entscheidung für den Liberalismus ausfiele, und es gibt noch manchen Wahlkreis, der auf diese Weise die Möglichkeit von Erfolgen bringen könnte, sodaß schließlich die Kandidaten der Linken um einige Duzend gegen den bisherigen Besitzstand vermehrt werden könnten. Der vorläufige Triumph der Rechten würde dann eine heillose Dämpfung erfahren.

### Über die Situation des schlesischen Liberalismus bei den Landtagswahlen.

wird uns geantwortet: Von den 66 Landtagswahlen, die die Provinz Schlesien zu vergeben hat, sind dem Liberalismus im ersten Wahlgange sicher nur zwei zugefallen, je ein fortgeschrittenes und ein nationalliberales Mandat in Hirschberg. Außerdem rechnen sich die beiden Parteien auf Gorki-Lauban mit drei Mandaten als gesichert an, da aber die Majorität von drei Wahlmännertimmen angesichts der vielen Ungleichheitsfälle sehr fraglich ist, kann sich auch hier noch die Mehrheit in die Minderheit verwandeln. Unbedingt verlieren muß jedoch der Liberalismus den Wahlkreis Liegnitz mit zwei Mandaten und den Wahlkreis Breslau mit drei Mandaten, wenn er nicht den Weg zu einer Verständigung mit der Sozialdemokratie findet. Denn in Breslau stehen 531 liberale gegen 917 konfessionell-klerikale Wahlmänner, und zum Sturz des schwarzblauen Blocks sind die 471 sozialdemokratischen Wahlmänner unbedingt nötig. Auch in Liegnitz geben die 65 sozialdemokratischen Wahlmänner den Ausschlag zwischen 265 Liberalen und 287 Konservativen. Da sich allerdings in beiden Kreisen unter den liberalen Wahlmännern viele Beamte befinden, bei den schwachen Mehrheiten aber kein Mann entbehrt werden kann, wird die Kompensation an irgend einer anderen Stelle geleistet werden müssen.

In der Regierung scheint man übrigens einem etwaigen Stichwahlabkommen zwischen dem Liberalismus und Sozialdemokratie mit ziemlichem Unbehagen entgegenzusehen. Die offiziös inspirierten Schweidnitzer „Berliner Politischen Nachrichten“ geben der Sorge um ein solches Abkommen in einer etwas eigenartig abgefaßten Note Ausdruck. Es wird zunächst versichert, daß das positive Ergebnis eines solchen Abkommens für die Zusammensetzung des Landtags völlig belanglos sei. Der Gewinn, welchen Sozialdemokratie oder Volkspartei äußersten Falles dabei erzielen könnten, ändere an dem Mehrheitsverhältnis nicht das geringste.

Um so größere Bedeutung würde allerdings der Abschluß eines Stichwahlabkommens „für die Beurteilung der bürgerlichen Demokratie vom nationalen und staatsrechtlichen Standpunkt sein“. Das offiziöse Blatt versucht dann, den Fortschritt kopfscheu zu machen mit dem „kaudinischen Koch“, dem er sich im Falle eines Stichwahlabkommens beugen müsse und dann kommt die Drohung mit „noch weiteren Konsequenzen von politischem Interesse“.

„Die National Liberalen gehen mit Ausnahme von Schleswig-Holstein auf der ganzen Linie mit der freisinnigen Volkspartei gegen die Rechtsparteien zusammen. Es fragt sich, ob die national liberalen Wahlmänner auch dann für die freisinnigen Kandidaten stimmen würden, wenn für diese die Unterstützung der Sozialdemokraten durch die Überlassung von Mandaten an die Sozialdemokraten erkauft worden wäre. Welche Beurteilung ein solches Verhalten vom nationalen und staatsrechtlichen Standpunkt aus finden mußte, bedarf der näheren Darlegung nicht. Wenn daher auch von einem etwaigen Stichwahlabkommen zwischen Volkspartei und Sozialdemokraten keinerlei entscheidende Einwirkung auf













